

PRÜFUNGSORDNUNG
für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft
an der Universität Duisburg-Essen
vom 22. November 2019

(Verkündungsblatt Jg. 17, 2019 S. 825 / Nr. 139

zuletzt berichtigt durch Verkündungsblatt Jg. 18, 2020 S. 17 / Nr. 4)

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.07.2019 (GV. NRW. S. 377), hat die Universität Duisburg-Essen folgende Prüfungsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht:

I. Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich, Modulhandbuch
- § 2 Zugangsvoraussetzungen, Einschreibungshindernis
- § 3 Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung
- § 4 Bachelorgrad
- § 5 Regelstudienzeit, Modularisierung, ECTS-Leistungspunktesystem
- § 6 Mentoring
- § 7 Lehr-/Lernformen
- § 8 Zulassungsbeschränkungen für einzelne Lehrveranstaltungen
- § 9 Studienumfang, Ergänzungsbereich
- § 10 Prüfungsausschuss
- § 11 Anerkennung von Leistungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 12 Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

II. Bachelorprüfung

- § 13 Zulassung zur Teilnahme an Prüfungen
- § 14 Struktur der Prüfung, Form der Modulprüfungen
- § 15 Fristen zur Anmeldung und Abmeldung für Prüfungen, Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse
- § 16 Mündliche Prüfungen
- § 17 Klausurarbeiten
- § 18 Weitere Prüfungsformen

- § 19 Bachelorarbeit
- § 20 Wiederholung von Prüfungen
- § 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 22 Nachteilsausgleich, Studierende in besonderen Situationen
- § 23 Bestehen und Nichtbestehen der Bachelorprüfung
- § 24 Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Prüfungsnoten
- § 25 Modulnoten
- § 26 Bildung der Gesamtnote
- § 27 Zusatzprüfungen
- § 28 Zeugnis und Diploma Supplement
- § 29 Bachelorurkunde
- III. Schlussbestimmungen**
- § 30 Ungültigkeit der Bachelorprüfung, Aberkennung des Bachelorgrades
- § 31 Einsicht in die Prüfungsarbeiten
- § 32 Führung der Prüfungsakten, Aufbewahrungsfristen
- § 33 Übergangsbestimmungen
- § 34 In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

Anlage 1: Studienplan

Anlage 2: Inhalte und Qualifikationsziele der Module

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich, Modulhandbuch

(1) Diese Prüfungsordnung regelt den Zugang, den Studienverlauf und den Abschluss des Studiums für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

(2) Die Prüfungsordnung wird durch ein Modulhandbuch ergänzt, das detaillierte Beschreibungen der Lehrinhalte, der zu erwerbenden Kompetenzen, der vorgeschriebenen Prüfungen und der Vermittlungsformen enthält. Das Modulhandbuch ist bei Bedarf und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Prüfungsordnung an diese anzupassen. Es wird von der Fakultät für Bildungswissenschaften in elektronischer Form veröffentlicht.

§ 2¹

Zugangsvoraussetzungen, Einschreibungshindernis

(1) Die Berechtigung zum Zugang zum Studium im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft wird durch das Zeugnis der Hochschulreife (allgemeine Hochschulreife oder fachgebundene Hochschulreife) oder ein durch Rechtsvorschrift oder ein von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis erworben.

(2) Zugang zum Bachelorstudium hat nach § 49 Abs. 4 HG auch, wer sich in der beruflichen Bildung qualifiziert hat. Näheres regelt die Ordnung über den Hochschulzugang für in der beruflichen Bildung Qualifizierte an der Universität Duisburg-Essen.

(3) Studienbewerberinnen oder Studienbewerber, die ihre Zugangsvoraussetzungen nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, müssen vor Beginn des Studiums hinreichende deutsche Sprachkenntnisse gemäß der Ordnung für die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH) nachweisen.

(4) Gemäß § 49 Abs. 11 HG kann von der nach Abs. 1 vorgegebenen Qualifikation abgesehen werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber im Rahmen einer Eignungsprüfung oder Eignungsfeststellung eine besondere studienbezogene fachliche Eignung und eine den Anforderungen der Hochschule entsprechende Allgemeinbildung nachweist. Der Prüfungsausschuss benennt für die Durchführung der Eignungsprüfung eine aus zwei Mitgliedern bestehende Prüfungskommission. Mindestens ein Mitglied ist aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu benennen. Über eine bestandene Eignungsprüfung wird eine Bescheinigung ausgestellt, welche bei Zulassung beschränkter Studiengängen eine Gesamtnote enthält. Über eine nicht bestandene Eignungsprüfung wird vom Prüfungsausschuss ein Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung erteilt.

(5) Das Studium im ersten Fachsemester wird zum Wintersemester aufgenommen. Die Aufnahme des Studiums in einem höheren Fachsemester ist sowohl zum Winter- als auch zum Sommersemester möglich.

(6) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung in einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist, an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden, ist eine Zulassung für diesen Studiengang nach § 50 HG ausgeschlossen. Über die erhebliche inhaltliche Nähe des Studienganges entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 3

Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung

(1) Der Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft ist ein grundständiger wissenschaftlicher Studiengang, der zu einem ersten berufsqualifizierenden akademischen Abschluss führt. Er vermittelt wissenschaftliche Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogene Kompetenzen. Der Bachelorabschluss befähigt zur Aufnahme eines Masterstudiengangs.

(2) Mit den erfolgreich abgeschlossenen Prüfungen und der erfolgreich abgeschlossenen Bachelorarbeit weist die oder der Studierende nach, dass sie oder er entsprechend dem Deutschen Qualifikationsrahmen für Hochschulabschlüsse die für den Übergang in die Berufspraxis oder in einen Masterstudiengang erforderlichen Fachkenntnisse besitzt, die fachlichen Zusammenhänge überblickt und über die Fähigkeit verfügt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden.

§ 4

Bachelorgrad

Nach erfolgreichem Abschluss der Bachelorprüfung verleiht die Fakultät für Bildungswissenschaften den akademischen Grad eines Bachelor of Arts (B.A.).

§ 5

Regelstudienzeit, Modularisierung, ECTS-Leistungspunktesystem

(1) Die generelle Regelstudienzeit im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft beträgt sechs Semester.

(2) Das Studium ist in allen Abschnitten modular aufgebaut. Ein Modul bezeichnet eine thematisch und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Leistungspunkten belegte Studieneinheit. Module vermitteln eine eigenständige, präzise umschriebene Teilkompetenz in Bezug auf die Gesamtziele des Studiengangs.

(3) Der für eine erfolgreiche Teilnahme an einem Modul in der Regel erforderliche Zeitaufwand einer oder eines Studierenden (Workload) wird mit einer bestimmten Anzahl von Credits ausgedrückt. In den Credits sind Zeiten für die

Präsenz, die Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, den Prüfungsaufwand und die Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und Studienarbeiten sowie gegebenenfalls Praktika enthalten. Die Credits drücken keine qualitative Bewertung der Module (d.h. keine Benotung) aus.

(4) An der Universität Duisburg-Essen wird das European Credit Transfer System (ECTS) angewendet. Der Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft hat in der Regelstudienzeit nach Abs. 1 Satz 1 einen Umfang von 180 ECTS-Credits.

(5) Auf ein Semester entfallen durchschnittlich 30 ECTS-Credits. Über- und Unterschreitungen von bis zu drei ECTS-Credits sind zulässig, sofern sie im folgenden Semester ausgeglichen werden.

(6) Für einen ECTS-Credit wird eine Arbeitsbelastung (Workload) der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 30 Stunden angenommen, so dass die Arbeitsbelastung im Vollzeitstudium pro Semester in der Vorlesungs- und in der vorlesungsfreien Zeit insgesamt 900 Stunden beträgt. Dies entspricht 39 Stunden pro Woche bei 46 Wochen pro Jahr.

(7) Das Bachelorstudium wird nach Inhalt, Niveau und Anforderungen so gestaltet, dass es innerhalb der Regelstudienzeit vollständig abgeschlossen werden kann.

§ 6 Mentoring

Studierenden, die dies wünschen, stehen Angebote des Mentorings zur Verfügung. Über die jeweils aktuelle Ausgestaltung des Mentorings informiert das Studiendekanat auf der Homepage der Fakultät für Bildungswissenschaften.

§ 7 Lehr-/Lernformen

Im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft sind folgende Lehrveranstaltungsarten bzw. Lehr-/Lernformen möglich:

- a) Vorlesung
- b) Übung
- c) Seminar
- d) Projektseminar
- e) Methodentraining
- f) Externes Praktikum
- g) Praktikumsbegleitung
- h) Supervision
- i) Tutorium
- j) Selbststudium

Vorlesungen bieten in der Art eines Vortrages eine zusammenhängende Darstellung von Grund- und Spezialwissen sowie von methodischen Kenntnissen.

Übungen dienen primär der Aufarbeitung und Vertiefung von in anderen Veranstaltungen (insbesondere Vorlesungen) vermittelten Inhalten und Methoden anhand geeigneter Beispiele durch die Lehrenden.

Seminare bieten die Möglichkeit einer aktiven Beschäftigung mit einem wissenschaftlichen Problem. Die Beteiligung besteht in der Präsentation eines eigenen Beitrages zu einzelnen Sachfragen, in kontroverser Diskussion oder in aneignender Interpretation.

In Projektseminaren planen die Studierenden unter Anleitung der Dozierenden kleinere empirische oder didaktische Projekte, führen sie durch und präsentieren die Ergebnisse; Arbeitsfortschritte werden regelmäßig im Seminarplenum vorgestellt und reflektiert.

Methodentrainings dienen der Vermittlung und Übung professioneller Handlungskompetenzen; Dozierende stellen methodische Ansätze und Verfahren vor, bringen Fallbeispiele ein und leiten praktische Übungen an, Teilnehmende erproben, trainieren und reflektieren methodische Ansätze, Verfahren und Handlungsweisen.

Externe Praktika dienen der Erkundung einschlägiger Berufsfelder und der Erprobung und praktischen Vertiefung der im Studium erworbenen Kompetenzen. Das Nähere regelt die Praktikumsordnung für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Praktikumsbegleitende Seminare leisten die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung auf die berufspraktische Tätigkeit und die strukturierte und systematisierte Auswertung der Praktikumserfahrungen und -erkenntnisse.

Supervision berät die Studierenden zu Fragen der Rollenklärung und -findung im Zusammenhang mit einer Praxisphase und fördert die Entwicklung einer professionellen Identität als Sozialarbeiterin bzw. Sozialarbeiter.

Tutorien dienen der Unterstützung Studierender und studentischer Arbeitsgruppen im Studium insbesondere bei der Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten sowie der Vertiefung und Ergänzung der Inhalte von Lehrveranstaltungen.

§ 8 Zulassungsbeschränkungen für einzelne Lehrveranstaltungen

(1) Die Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen kann beschränkt werden, wenn wegen deren Art und Zweck oder aus sonstigen Gründen von Lehre und Forschung eine Begrenzung der Teilnehmerzahl erforderlich ist. Über die Teilnahmebeschränkung entscheidet auf Antrag der Prüferin oder des Prüfers die Dekanin oder der

Dekan im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss; bei Veranstaltungen des Instituts für Optionale Studien entscheidet die Direktorin oder der Direktor.

(2) Liegen die Voraussetzungen des Abs. 1 vor und übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Aufnahmefähigkeit, regelt auf Antrag der oder des Lehrenden der Prüfungsausschuss den Zugang; bei Veranstaltungen des Instituts für Optionale Studien entscheidet die Direktorin oder der Direktor. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber, die sich innerhalb einer zu setzenden Frist rechtzeitig angemeldet haben, in folgender Reihenfolge zu berücksichtigen:

a) Studierende, die an der Universität Duisburg-Essen für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft eingeschrieben und nach dem Studienplan und ihrem Studienverlauf auf den Besuch der Lehrveranstaltung zu diesem Zeitpunkt angewiesen sind.

b) Studierende, die an der Universität Duisburg-Essen für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft eingeschrieben, aber nach dem Studienplan und ihrem Studienverlauf auf den Besuch der Lehrveranstaltung zu diesem Zeitpunkt nicht angewiesen sind.

(3) Die Fakultät für Bildungswissenschaften kann für Studierende anderer Studiengänge das Recht zum Besuch von Lehrveranstaltungen generell beschränken, wenn ohne diese Beschränkung eine ordnungsgemäße Ausbildung der für einen Studiengang eingeschriebenen Studierenden nicht gewährleistet werden kann. Die Regelung gilt auch für Zweithörerinnen und Zweithörer im Sinne des § 52 HG Abs. 1 Satz 2.

(4) Für Studierende in besonderen Situationen gemäß § 22 dieser Ordnung sowie für Studierende, die zugleich eine Studienassistentin wahrnehmen, können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden.

(5) Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen in teilnahmebeschränkten Lehrveranstaltungen ist die Zulassung zu der zugrunde liegenden Lehrveranstaltung.

§ 9

Studienumfang, Ergänzungsbereich

(1) Das Bachelorstudium gliedert sich in fachspezifische Pflicht- und Wahlpflichtmodule, die Module E1, E2 und E3 des Ergänzungsbereiches sowie die Bachelorarbeit.

(2) Die Credits verteilen sich wie folgt:

a) Auf die Bachelorarbeit entfallen 12 Credits.

b) Auf die Module E1 bis E3 des Ergänzungsbereichs entfallen insgesamt 18 Credits. Die Credits verteilen sich wie folgt:

- E1: Schlüsselkompetenzen: 6 Credits,

- E2: Allgemeinbildende Grundlagen des Fachstudiums: 6 Credits,
- E3: Studium liberale: 6 Credits.

c) Auf die fachspezifischen Module entfallen 150 ECTS-Credits.

(3) Für jede Studierende und jeden Studierenden wird im Bereich Prüfungswesen ein Credit-Konto zur Dokumentation der erbrachten Leistungen eingerichtet und geführt.

§ 10

Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und für die sich aus dieser Prüfungsordnung ergebenden prüfungsbezogenen Aufgaben bildet die Fakultät für Bildungswissenschaften einen Prüfungsausschuss.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, einer oder einem stellvertretenden Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende, die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ein Mitglied aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe vom Fakultätsrat gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses Vertreterinnen oder Vertreter gewählt.

Die Amtszeit der Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt drei Jahre, die Amtszeit der studentischen Mitglieder ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechts.

(4) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen.

(5) Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne.

(6) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle (insb. Festlegung von Prüfungsterminen, Bestellung der Prüfenden und Beisitzenden, Anerkennungsverfahren, Nachteilsausgleich und Prüfungsbedingungen für Studierende in besonderen Situationen, Einsicht in Prüfungsakten) auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden übertragen oder im Umlaufverfahren durchführen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.

Die oder der Vorsitzende kann in unaufschiebbaren Angelegenheiten allein entscheiden (Eilentscheid). Die oder der Vorsitzende unterrichtet den Prüfungsausschuss spätestens in dessen nächster Sitzung über die Entscheidung.

(7) Die oder der Vorsitzende beruft den Prüfungsausschuss ein. Der Prüfungsausschuss muss einberufen werden, wenn es von mindestens einem Mitglied des Prüfungsausschusses oder einem Mitglied des Dekanats der Fakultät für Bildungswissenschaften verlangt wird.

(8) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter mindestens ein weiteres Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden. Die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Mitglieder können mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei der Bewertung und der Anerkennung von Prüfungsleistungen von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen.

(9) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.

(10) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Vertreterinnen und Vertreter unterliegen der Amtsschwiegenheit. Sofern sie nicht Angehörige des öffentlichen Dienstes sind, werden sie von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nach dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(11) Die oder der Vorsitzende wird bei der Erledigung ihrer oder seiner Aufgaben von dem Bereich Prüfungswesen unterstützt.

§ 11

Anerkennung von Leistungen, Einstufung in höhere Fachsemester

(1) Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Die Anerkennung im Sinne des Satzes 1 dient der Fortsetzung des Studiums und dem Ablegen von Prüfungen.

Äquivalenzvereinbarungen und Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich, die Studierende ausländischer Staaten abweichend von Satz 1 begünstigen, gehen den Regelungen des Satz 1 vor.

(2) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf bis zur Hälfte der insgesamt nachzuweisenden ECTS-Credits anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.

(3) Berufspraktische Tätigkeiten können bei Gleichwertigkeit als berufsfeldbezogenes Praktikum angerechnet werden.

(4) Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung bereitzustellen. Die Unterlagen müssen in Fällen des Abs. 1 Aussagen zu den erworbenen Kompetenzen sowie in Fällen des Abs. 2 zum Inhalt und Niveau der Leistungen enthalten, die anerkannt werden sollen. Die Unterlagen sind im Bereich Prüfungswesen einzureichen.

(5) Zuständig für Anerkennung nach den Absätzen 1 bis 3 sowie für die Durchführung der Einstufungsprüfung nach Abs. 8 ist der Prüfungsausschuss. Über Anträge auf Anerkennung von Leistungen nach den Absätzen 1 bis 3 soll innerhalb einer Frist von neun Wochen ab Antragstellung entschieden werden. Vor Feststellungen über die Gleichwertigkeit im Sinne des § 63a HG kann das zuständige Fachgebiet gehört werden. In Verfahren nach Abs. 1 trägt der Prüfungsausschuss die Beweislast dafür, dass ein Antrag die Voraussetzung des Abs. 1 für die Anerkennung nicht erfüllt.

(6) Werden Prüfungsleistungen anerkannt, so sind, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, die Noten zu übernehmen und die nach der fachspezifischen Prüfungsordnung vorgesehenen Credits zu vergeben. Die übernommenen Noten sind in die Berechnung der Modulnoten und der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Diese Bewertung wird nicht in die Berechnung der Modulnote und der Gesamtnote einbezogen. Die Anerkennung wird im Transcript of Records mit Fußnote gekennzeichnet.

(7) Lehnt der Prüfungsausschuss einen Antrag auf Anerkennung ab, erhalten die Studierenden einen begründeten Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

(8) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die auf Grund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 12 HG berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf Prüfungsleistungen anerkannt. Der Prüfungsausschuss bestellt für die Durchführung der Einstufungsprüfung eine aus zwei Prüferinnen oder Prüfern bestehende Prüfungskommission. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.

§ 12

Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer

(1) Zu Prüferinnen und Prüfern dürfen nur Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, Lehrbeauftragte, Privatdozentinnen und Privatdozenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Lehrkräfte für besondere Aufgaben bestellt werden, die mindestens die entsprechende Masterprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt und eine Lehrtätigkeit ausgeübt haben. Zur Beisitzenden oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Bachelorprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(2) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen, Prüfer und Beisitzerinnen und Beisitzer. Die Bestellung der Beisitzerinnen und Beisitzer kann den Prüferinnen und Prüfern übertragen werden. Zu Prüferinnen oder Prüfern werden in der Regel Personen gemäß Abs. 1 Satz 1 bestellt, die an der Universität Duisburg-Essen lehren oder gelehrt haben.

(3) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig. Ihnen obliegt die inhaltliche Vorbereitung und Durchführung der Prüfungen. Sie entscheiden und informieren auch über die Hilfsmittel, die zur Erbringung der Prüfungsleistungen benutzt werden dürfen.

(4) Die Studierenden können für die Bachelorarbeit jeweils die erste Prüferin oder den ersten Prüfer (Betreuerin oder Betreuer) vorschlagen. Auf die Vorschläge soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Die Vorschläge begründen jedoch keinen Anspruch.

II. Bachelorprüfung

§ 13

Zulassung zur Teilnahme an Prüfungen

(1) Zu Prüfungen kann nur zugelassen werden, wer in dem Semester, in dem sie oder er sich zur Prüfung meldet oder die Prüfung ablegt, im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen immatrikuliert oder als Zweithörerin oder als Zweithörer zugelassen ist und

- a) nicht beurlaubt ist; ausgenommen sind Beurlaubungen bei Studierenden in besonderen Situationen und bei Wiederholungsprüfungen, wenn diese die Folge eines Auslands- oder Praxissemesters sind, für das beurlaubt worden ist,
- b) sich gemäß § 15 Abs. 3 ordnungsgemäß angemeldet hat und
- c) über die in der Prüfungsordnung festgelegten Teilnahmevoraussetzungen für die Zulassung verfügt.

(2) Die Zulassung zur Teilnahme an Prüfungen ist zu verweigern, wenn:

- a) die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen,
 - b) die oder der Studierende an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes bereits eine Prüfung in dem gewählten Studiengang oder in einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist, eine nach dieser Prüfungsordnung vorgesehene Prüfung endgültig nicht bestanden hat oder
 - c) die oder der Studierende sich bereits an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem Prüfungsverfahren in dem gewählten Studiengang oder in einem Studiengang, der eine erhebliche inhaltliche Nähe aufweist, befindet.
- (3) Diese Regelung gilt für alle Modulprüfungen.

§ 14

Struktur der Prüfung, Form der Modulprüfungen

(1) Die Bachelorprüfung besteht aus den Modulprüfungen und der Bachelorarbeit.

(2) Modulprüfungen sollen sich grundsätzlich auf die Kompetenzziele des Moduls beziehen. Im Rahmen dieser Prüfungen soll die oder der Studierende zeigen, dass sie oder er die im Modul vermittelten Inhalte und Methoden im Wesentlichen beherrscht und die erworbenen Kompetenzen anwenden kann. Module sind in der Regel mit nur einer Prüfung abzuschließen.

(3) Die Modulprüfungen werden studienbegleitend erbracht und schließen das jeweilige Modul ab. Credits werden nach erfolgreichem Abschluss für jede Modulprüfung vergeben.

(4) Die Modulprüfungen werden benotet. Die Module 1, 9, 13, 14 und 15 werden unbenotet abgeschlossen.

(5) Die Modulprüfungen können

- a) als mündliche Prüfung,
 - b) schriftlich oder in elektronischer Form als Klausurarbeit,
 - c) als Hausarbeit,
 - d) als Vortrag, Referat oder Präsentation,
 - e) als Forschungsbericht bzw. Projektbericht,
 - f) als Bericht zu einer Fallstudie,
 - g) als Praktikumsbericht oder
 - h) als Kombination der Prüfungsformen a) bis g) unter Beachtung von Abs. 2 Satz 3
- erbracht werden.

(6) Die Prüfungsformen der Module sind in Anlage 1 der Prüfungsordnung geregelt. Die konkreten Prüfungsanforderungen sind im Modulhandbuch beschrieben. Die Studierenden sind zu Beginn der Lehr-/Lernform von der jeweiligen Dozentin oder dem jeweiligen Dozenten über die Form und den zeitlichen Umfang der Modulprüfung in Kenntnis zu setzen.

(7) Neben den Modulprüfungen werden in einzelnen Modulen auch Studienleistungen gefordert. Die Studienleistungen dienen der individuellen Lernstandskontrolle der Studierenden. Sie werden nach Form und Umfang im Modulhandbuch beschrieben. Die Regelung zur Anmeldung zu und zur Wiederholung von Prüfungen findet keine Anwendung. Die Bewertung der Studienleistung bleibt bei der Bildung der Modulnoten unberücksichtigt.

§ 15 Fristen zur Anmeldung und Abmeldung für Prüfungen, Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse

(1) Eine studienbegleitende Prüfung gemäß der §§ 16 und 17 wird spätestens in der vorlesungsfreien Zeit nach dem Ende der jeweiligen Lehr-/Lernform des Moduls angeboten. Die Prüfungstermine sollen so angesetzt werden, dass infolge der Terminierung keine Lehrveranstaltungen ausfallen. Die Termine werden vom Prüfungsausschuss mindestens sechs Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt gegeben.

(2) Die oder der Studierende ist verpflichtet, sich über die Prüfungstermine zu informieren.

(3) Die oder der Studierende muss sich zu allen Klausurprüfungen und mündlichen Prüfungen innerhalb des Anmeldezeitraums in der fünften und der sechsten Vorlesungswoche im Onlineportal der Universität anmelden (Ausschlussfrist). Form und Frist für die Anmeldung zu anderen Prüfungen bestimmt der Prüfungsausschuss.

(4) Eine Abmeldung von einer Prüfung hat von der oder dem Studierenden spätestens eine Woche vor dem Prüfungstermin zu erfolgen (Ausschlussfrist). Bei weiteren Prüfungsleistungen im Sinne des § 18 ist eine Abmeldung von der Prüfung nach Ausgabe des Prüfungsthemas nicht mehr zulässig.

(5) Sämtliche Prüfungsergebnisse werden der oder dem Studierenden unverzüglich nach der Bewertung per Eintrag in die Datenbank der elektronischen Prüfungsverwaltung oder in sonstiger geeigneter Form individuell bekannt gegeben. Die Studierenden erhalten über den Eintrag in die Datenbank eine E-Mail an die von der Universität zugewiesene E-Mailadresse. Im Fall der Erfassung in der elektronischen Prüfungsverwaltung gilt das Prüfungsergebnis zwei Wochen nach Eintrag in die Datenbank als bekannt gegeben. § 16 Abs. 5 bleibt unberührt.

§ 16 Mündliche Prüfungen

(1) In einer mündlichen Prüfung soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes kennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Durch die mündliche Prüfung soll ferner festgestellt werden, ob sie oder er über breites Grundlagenwissen verfügt.

(2) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor mindestens einer Prüferin oder einem Prüfer und in Gegenwart einer Beisitzerin oder eines Beisitzers als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung abgelegt. Vor der Festsetzung der Note nach dem Bewertungsschema in § 24 ist die Beisitzerin oder der Beisitzer zu hören. Mündliche Prüfungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird oder bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit besteht, sind von zwei Prüferinnen oder Prüfern im Sinne des § 12 Abs. 1 Satz 1 zu bewerten.

(3) Bei einer mündlichen Prüfung als Gruppenprüfung dürfen nicht mehr als vier Studierende gleichzeitig geprüft werden. In Gruppenprüfungen muss der individuelle Beitrag jedes einzelnen Gruppenmitglieds klar erkennbar, eindeutig abgrenzbar und bewertbar sein.

(4) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 20 Minuten und höchstens 45 Minuten pro Kandidatin oder Kandidat. In begründeten Fällen kann von diesem Zeitrahmen abgewichen werden.

(5) Die wesentlichen Gegenstände und das Ergebnis einer mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Prüfungsergebnis ist der oder dem Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben. Das Protokoll und das Prüfungsergebnis über die mündliche Prüfung sind dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich schriftlich zu übermitteln.

(6) Bei mündlichen Prüfungen können Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, auf Antrag als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, die oder der zu prüfende Studierende widerspricht. Die Prüferin oder der Prüfer entscheidet über den Antrag nach Maßgabe der vorhandenen Plätze. Die Zulassung als Zuhörerin oder Zuhörer erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse.

Kandidatinnen und Kandidaten desselben Semesterprüfungstermins sind als Zuhörerinnen oder Zuhörer ausgeschlossen.

§ 17 Klausurarbeiten

(1) In einer Klausurarbeit soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in begrenzter Zeit und mit den zugelassenen Hilfsmitteln Probleme aus dem Prüfungsgebiet ihres oder seines Faches mit den vorgegebenen Methoden erkennen und Wege zu deren Lösung finden kann. Die relativen Anteile der einzelnen Aufgaben

oder Teilaufgaben an der Gesamtleistung sind auf dem Klausurbogen auszuweisen.

In geeigneten Fällen können Klausuren ganz oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren (Multiple-Choice-Klausur) durchgeführt werden.

(2) Klausurarbeiten können als softwaregestützte Prüfung durchgeführt werden (E-Prüfungen). Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend. Die Studierenden sind auf die E-Prüfungsform hinzuweisen. Ihnen ist Gelegenheit zu geben, sich mit den Prüfungsbedingungen und dem Prüfungssystem vertraut zu machen.

(3) Klausurarbeiten haben einen zeitlichen Umfang von 20 Minuten bis 240 Minuten.

(4) Klausurarbeiten, mit denen der Studiengang abgeschlossen wird und Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern im Sinne des § 12 Abs. 1 Satz 1 zu bewerten.

(5) Jede Klausurarbeit wird nach dem Bewertungsschema in § 24 bewertet. Bei mehreren Prüferinnen oder Prüfern ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gemäß § 24 Abs. 2. Prüfungsleistungen im Antwort-Wahl-Verfahren werden von der Prüferin oder dem Prüfer eigenverantwortlich bewertet. Die Kriterien der Prüfungsbewertung sind offen zu legen.

(6) Das Bewertungsverfahren ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen abzuschließen. Die Bewertung einer Klausur ist dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich nach Abschluss des Bewertungsverfahrens schriftlich mitzuteilen.

§ 18 Weitere Prüfungsformen

Die allgemeinen Bestimmungen für Hausarbeiten, Protokolle, Vorträge und Referate sowie sonstige Prüfungsleistungen trifft der Prüfungsausschuss. Für Vorträge, Referate oder vergleichbare Prüfungsformen gilt § 16 entsprechend. Für Hausarbeiten und vergleichbare schriftliche Prüfungsformen gelten die Bestimmungen der §§ 15 und 17 Abs. 4 bis 6 entsprechend. Die näheren Bestimmungen für Protokolle, Vorträge oder Referate werden durch die Prüferin oder den Prüfer festgelegt; die Bewertung dieser Prüfungsformen obliegt nur der Prüferin oder dem Prüfer; § 65 Abs. 2 Satz 1 HG bleibt unberührt. Bei Gruppenprüfungen gilt § 16 Abs. 3 und bei Gruppenarbeiten gelten § 19 Abs. 7 und Abs. 10 entsprechend.

§ 19 Bachelorarbeit

(1) Die Bachelorarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung im Bachelorstudiengang in der Regel abschließt. Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass

die oder der Studierende innerhalb einer vorgegebenen Frist eine begrenzte Aufgabenstellung aus ihrem oder seinem Fachgebiet selbständig und unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden bearbeiten und darstellen kann.

(2) Zur Bachelorarbeit können Studierende zugelassen werden, wenn sie von den im Studiengang vorgesehenen 180 ECTS-Credits 120 Credits erworben haben. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Die Studierende oder der Studierende meldet sich im Bereich Prüfungswesen zur Bachelorarbeit an. Die Ausgabe des Themas der Bachelorarbeit erfolgt über die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Der Ausgabezeitpunkt und das Thema werden im Bereich Prüfungswesen aktenkundig gemacht.

(4) Das Thema der Bachelorarbeit wird von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer, einer Hochschuldozentin oder einem Hochschuldozenten oder einer Privatdozentin oder einem Privatdozenten der Fakultät für Bildungswissenschaften gestellt und betreut, die oder der im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft Lehrveranstaltungen durchführt. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

Für das Thema der Bachelorarbeit hat die Studierende oder der Studierende ein Vorschlagsrecht.

Soll die Bachelorarbeit an einer anderen Fakultät der Universität Duisburg-Essen oder an einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Prüfungsausschusses. Auf Antrag der oder des Studierenden sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass die oder der Studierende rechtzeitig ein Thema für eine Bachelorarbeit erhält.

(5) Die Bachelorarbeit ist in der durch den Aus- und den Abgabetermin festgelegten Bearbeitungszeit anzufertigen. Die Bearbeitungszeit beträgt zwölf Wochen. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf begründeten schriftlichen Antrag der oder des Studierenden um bis zu sechs Wochen verlängern. Der Antrag muss unverzüglich nach Eintritt des Hindernisses vor dem Abgabetermin für die Bachelorarbeit bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eingegangen sein.

(6) Das Thema, die Aufgabenstellung und der Umfang der Bachelorarbeit müssen so beschaffen sein, dass die zur Bearbeitung vorgegebene Frist eingehalten werden kann.

Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(7) Die Bachelorarbeit kann in begründeten Fällen in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des einzelnen Studierenden aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung der jeweils individuellen Leistung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(8) Die Bachelorarbeit ist in deutscher Sprache oder in einer allgemein vom Prüfungsausschuss akzeptierten Fremdsprache oder einer im Einzelfall akzeptierten Fremdsprache abzufassen und fristgemäß beim Prüfungsausschuss in dreifacher Ausfertigung in gedruckter und gebundener Form im DIN A4-Format sowie in geeigneter elektronischer Form einzureichen.

(9) Die Bachelorarbeit soll in der Regel 40 bis 60 Seiten umfassen. Notwendige Detailergebnisse können gegebenenfalls zusätzlich in einem Anhang zusammengefasst werden.

(10) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit hat die oder der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie ihre oder er seine Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit ihren oder seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil an der Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat.

(11) Der Abgabezeitpunkt ist beim Bereich Prüfungswesen aktenkundig zu machen. Ist die Bachelorarbeit nicht fristgemäß eingegangen, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(12) Die Bachelorarbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten; die Bewertung ist schriftlich zu begründen. Die Erstbewertung soll in der Regel von der Betreuerin oder dem Betreuer der Bachelorarbeit vorgenommen werden, die oder der das Thema der Bachelorarbeit gestellt hat. Ausnahmen sind vom Prüfungsausschuss zu genehmigen. Die zweite Prüferin oder der zweite Prüfer wird gemäß § 12 Abs. 1 vom Prüfungsausschuss bestellt. Handelt es sich um eine fachübergreifende Themenstellung, müssen die Prüfer so bestimmt werden, dass die Beurteilung mit der erforderlichen Sachkunde erfolgen kann. Mindestens eine Prüferin oder ein Prüfer muss Mitglied der Fakultät für Bildungswissenschaften sein.

(13) Die einzelne Bewertung ist nach dem Bewertungsschema in § 24 vorzunehmen. Die Note der Bachelorarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt. Bei einer Differenz von mehr als 2,0 oder falls nur eine Bewertung besser als mangelhaft (5,0) ist, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Bachelorarbeit bestimmt. In diesen Fällen wird die Note aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet. Die Bachelorarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ (4,0) oder besser sind.

(14) Das Bewertungsverfahren durch die Prüferinnen oder Prüfer soll in der Regel sechs Wochen nicht überschreiten. Die Bewertung der Bachelorarbeit ist dem Bereich Prüfungswesen unverzüglich nach Abschluss des Bewertungsverfahrens schriftlich mitzuteilen.

§ 20

Wiederholung von Prüfungen

(1) Bestandene studienbegleitende Prüfungen und eine bestandene Bachelorarbeit dürfen nicht wiederholt werden. Bei endgültig nicht bestandenen Prüfungen erhält die oder der Studierende vom Prüfungsausschuss einen Bescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung.

(2) Nicht bestandene oder als nicht bestanden geltende studienbegleitende Prüfungen können zweimal wiederholt werden.

(3) Besteht eine studienbegleitende Prüfung aus einer Klausurarbeit, kann sich die oder der Studierende nach der ersten Wiederholung der Prüfung vor einer Festsetzung der Note „nicht ausreichend“ (5,0) im selben Prüfungszeitraum einer mündlichen Ergänzungsprüfung unterziehen; dies gilt nicht, sofern die Festsetzung der Note „nicht ausreichend“ (5,0) aufgrund eines Täuschungsversuches erfolgte. Für die Abnahme und Bewertung der mündlichen Ergänzungsprüfung gilt § 16 Abs. 1 bis 5 entsprechend. Aufgrund der mündlichen Ergänzungsprüfung wird die Note „ausreichend“ (4,0) oder die Note „nicht ausreichend“ (5,0) festgesetzt.

(4) Der Prüfungsausschuss hat zu gewährleisten, dass jede studienbegleitende Prüfung innerhalb von zwei aufeinander folgenden Semestern mindestens zweimal angeboten wird. Zwischen der ersten Prüfung und der Wiederholungsprüfung müssen mindestens vier Wochen liegen. Die Prüfungsergebnisse der vorhergehenden Prüfung sollen mindestens sieben Tage vor dem Termin der Wiederholungsprüfung im Bereich Prüfungswesen vorliegen.

(5) Eine letztmalige Wiederholungsprüfung ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten; die Bewertung ist schriftlich zu begründen.

(6) Eine nicht bestandene Bachelorarbeit kann einmal wiederholt werden. Eine Rückgabe des Themas der zweiten Bachelorarbeit innerhalb der in § 19 Abs. 6 Satz 2 genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn die oder der Studierende bei der Anfertigung ihrer oder seiner ersten Bachelorarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 21

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung wird mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die oder der Studierende

- einen bindenden Prüfungstermin ohne wichtigen Grund versäumt oder wenn sie oder er
- nach Beginn einer Prüfung, die sie oder er angetreten hat, ohne wichtigen Grund zurücktritt.

Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Als wichtiger Grund kommen insbesondere krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit oder das Vorliegen einer besonderen Situation im Sinne des § 22 Abs. 3 und 4 in Betracht.

(3) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen unverzüglich, d.h. grundsätzlich innerhalb von drei Werktagen nach dem Termin der Prüfung beim Bereich Prüfungswesen schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden (Samstage gelten nicht als Werktage).

Im Falle einer Krankheit hat die oder der Studierende eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen, aus der sich die Prüfungsunfähigkeit und deren Dauer ergeben. Der Krankheit der oder des Studierenden steht die Krankheit einer oder eines von der bzw. dem Studierenden zu versorgenden Kindes oder zu pflegenden Angehörigen im Sinne des § 22 Abs. 4 gleich.

Wurden die Gründe für die Prüfungsunfähigkeit anerkannt, wird der Prüfungsversuch nicht gewertet. Die oder der Studierende soll in diesem Fall den nächsten angebotenen Prüfungstermin wahrnehmen.

(4) Versucht die oder der Studierende, das Ergebnis seiner Leistung durch Täuschung, worunter auch Plagiate fallen, oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Feststellung der Täuschung wird von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtführenden getroffen und aktenkundig gemacht. Zur Feststellung der Täuschung kann sich die Prüferin oder der Prüfer bzw. der Prüfungsausschuss des Einsatzes einer entsprechenden Software oder sonstiger elektronischer Hilfsmittel bedienen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die oder den Studierenden von Wiederholungsprüfungen ausschließen.

(5) Eine Studierende oder ein Studierender, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der oder dem Aufsichtführenden nach Abmahnung von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(6) Der Prüfungsausschuss kann von der oder dem Studierenden eine Versicherung an Eides Statt verlangen, dass die Prüfungsleistung von ihr oder ihm selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist. Wer vorsätzlich einen Täuschungsversuch gemäß Abs. 4 unternimmt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die Kanzlerin oder der Kanzler. Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann die Studierende oder der Studierende zudem exmatrikuliert werden.

§ 22

Nachteilsausgleich, Studierende in besonderen Situationen

(1) Die besonderen Belange behinderter und chronisch kranker Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind zu berücksichtigen. Macht die oder der Studierende durch die Vorlage eines geeigneten Nachweises, insbesondere einer ärztlichen Stellungnahme glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage ist, an einer Prüfung in der vorgesehenen Form oder in dem vorgesehenen Umfang teilzunehmen, gestattet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der oder dem Studierenden auf Antrag, gleichwertige Leistungen in einer anderen angemessenen Form oder Dauer zu erbringen. Bei Entscheidungen nach Satz 2 wird die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung nach Maßgabe des § 62b Abs. 2 HG beteiligt.

(2) Die besonderen Belange behinderter und chronisch kranker Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind über Abs. 1 hinaus gleichermaßen für die Erbringung von Studienleistungen zu berücksichtigen. Der Prüfungsausschuss legt auf Antrag der oder des Studierenden von dieser Prüfungsordnung abweichende Regelungen unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.

(3) Für Studierende, für die die Schutzbestimmungen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes gelten oder für die die Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) über die Elternzeit greifen, legt der Prüfungsausschuss die in dieser Prüfungsordnung geregelten Prüfungsbedingungen (insbesondere Bearbeitungszeiten) auf Antrag der oder des Studierenden unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.

(4) Für Studierende, die nachweisen, dass sie Kinder im Sinne des § 25 Abs. 5 BAföG pflegen und erziehen oder die Ehegattin oder den Ehegatten, die eingetragene Lebenspartnerin oder den eingetragenen Lebenspartner oder Verwandte in gerader Linie oder Verschwägerter ersten Grades pflegen, legt der Prüfungsausschuss die in dieser Prüfungsordnung geregelten Bearbeitungszeiten, Fristen und Termine auf Antrag der oder des Studierenden unter Berücksichtigung von Ausfallzeiten durch diese Pflege und unter Berücksichtigung des Einzelfalls fest.

§ 23

Bestehen und Nichtbestehen der Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die oder der Studierende alle nach Maßgabe der Prüfungsordnung vorgesehenen Modulprüfungen sowie die Bachelorarbeit gemäß § 19 erfolgreich absolviert und die für den Studiengang vorgeschriebenen Credits erworben hat.

(2) Die Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn:

- eine geforderte Prüfungsleistung gemäß Abs. 1 nicht erfolgreich absolviert wurde

- und eine Wiederholung dieser Prüfungsleistung gemäß § 20 nicht mehr möglich ist.

(3) Ist die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden, wird vom Prüfungsausschuss auf Antrag der oder des Studierenden und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine Bescheinigung ausgestellt, die die erfolgreich absolvierten Prüfungen, deren Noten und die erworbenen Credits ausweist und deutlich macht, dass die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden worden ist.

§ 24

Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Prüfungsnoten

(1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen werden von den Prüferinnen und Prüfern folgende Noten (Grade Points) festgesetzt. Zwischenwerte sollen eine differenzierte Bewertung der Prüfungsleistungen ermöglichen.

1,0 oder 1,3 = sehr gut
(eine hervorragende Leistung)

1,7 oder 2,0 oder 2,3 = gut
(eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)

2,7 oder 3,0 oder 3,3 = befriedigend
(eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht)

3,7 oder 4,0 = ausreichend
(eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt)

5,0 = nicht ausreichend
(eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt)

(2) Wird eine Prüfung von mehreren Prüferinnen oder Prüfern bewertet, ist die Note das arithmetische Mittel der Einzelnoten. Bei der Bildung der Note wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Note lautet:

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5
= sehr gut

bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5
= gut

bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5
= befriedigend

bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0
= ausreichend

bei einem Durchschnitt ab 4,1
= nicht ausreichend.

(3) Eine Prüfung ist bestanden, wenn sie mit „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet wurde. Eine Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wurde und alle Wiederholungsmöglichkeiten gemäß § 20 ausgeschöpft sind.

§ 25

Modulnoten

(1) Ein Modul ist bestanden, wenn alle diesem Modul zugeordneten Leistungen erbracht und die Modulprüfung mindestens mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet wurden.

(2) Besteht eine Modulprüfung aus einer einzigen Prüfungsleistung, so ist die erzielte Note gleichzeitig die erzielte Note der Modulprüfung.

(3) Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Teilleistungen ist das relative Gewicht der Teilleistung anzugeben.

§ 26

Bildung der Gesamtnote

(1) Die Gesamtnote errechnet sich aus dem mit Credits gewichteten arithmetischen Mittel aus

- den Modulnoten und
- der Note für die Bachelorarbeit.

Unbenotete Leistungen (z B. Praktika, ohne Note anerkannte Leistungen) werden bei der Bildung der Gesamtnote nicht berücksichtigt.

(2) Dabei wird jeweils nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Im Übrigen gilt § 24 entsprechend.

(3) Wurde die Bachelorarbeit mit 1,0 bewertet und ist die Gesamtnote 1,3 oder besser, wird im Zeugnis gemäß § 28 Abs. 1 das Gesamtpredikat „mit Auszeichnung bestanden“ vergeben.

§ 27

Zusatzprüfungen

(1) Die oder der Studierende kann sich unbeschadet des § 13 Abs. 1 nach Maßgabe freier Kapazitäten über den Pflicht- und den Wahlpflichtbereich hinaus in weiteren Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzprüfungen).

(2) Das Ergebnis einer solchen Zusatzprüfung wird bei der Feststellung von Modulnoten und der Gesamtnote nicht mitberücksichtigt.

§ 28
Zeugnis und Diploma Supplement

(1) Hat die oder der Studierende die Bachelorprüfung bestanden, erhält sie oder er ein Zeugnis in deutscher Sprache. Das Zeugnis enthält folgende Angaben:

- Name der Universität und Bezeichnung der Fakultät,
- Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Geburtsland der oder des Studierenden,
- Bezeichnung des Studiengangs,
- die Bezeichnungen und Noten der absolvierten Module mit den erworbenen Credits,
- das Thema und die Note der Bachelorarbeit mit den erworbenen Credits,
- Gesamtnote mit den insgesamt erworbenen Credits,
- auf Antrag der oder des Studierenden die bis zum Abschluss des Bachelorstudiums benötigte Fachstudien-dauer,
- auf Antrag der oder des Studierenden die Ergebnisse der gegebenenfalls absolvierten Zusatzprüfungen gemäß § 27,
- das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfung erbracht wurde,
- die Unterschriften der oder des Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses
- und das Siegel der Universität.

Als Anlage zum Zeugnis kann das Transcript of Records erstellt werden. Das Transcript of Records enthält sämtliche Prüfungen einschließlich der Prüfungsnoten.

(2) Mit dem Abschlusszeugnis wird der Absolventin oder dem Absolventen durch die Universität ein Diploma Supplement in deutscher Sprache ausgehändigt. Das Diploma Supplement enthält

- persönliche Angaben wie im Zeugnis (siehe Abs. 1)
- allgemeine Hinweise zur Art des Abschlusses,
- Angaben zu der den Abschluss verleihenden Universität,
- Angaben zu den dem Abschluss zugrunde liegenden Studieninhalten, dem Studienverlauf und den mit dem Abschluss erworbenen Kompetenzen sowie Informationen zu den erbrachten Leistungen, zum Bewertungssystem sowie zum Leistungspunktesystem.

Dem Diploma Supplement wird eine Bewertung der Gesamtnote gemäß ECTS mit der Angabe angefügt, wieviel Prozent der Absolventinnen und Absolventen innerhalb der Fakultät in den letzten vier abgeschlossenen Semestern diesen Bachelorstudiengang mit der Gesamtnote „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“ oder „ausreichend“ abgeschlossen haben.

Das Diploma Supplement trägt das gleiche Datum wie das Zeugnis.

(3) Mit dem Zeugnis und dem Diploma Supplement erhält die oder der Studierende auf Antrag eine englischsprachige Übersetzung.

(4) Das Zeugnis über die bestandene Bachelorprüfung ist ein dem Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife gleichwertiger Vorbildungsnachweis gemäß § 5 Nr. 1 Gleichwertigkeitsverordnung (GIVO).

§ 29
Bachelorurkunde

(1) Nach bestandener Bachelorprüfung wird der Absolventin oder dem Absolventen gleichzeitig mit dem Zeugnis eine Bachelorurkunde ausgehändigt. Die Urkunde weist den verliehenen Bachelorgrad nach § 4 aus und trägt das Datum des Zeugnisses.

(2) Die Urkunde wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät für Bildungswissenschaften unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Duisburg-Essen versehen.

(3) § 28 Abs. 3 gilt entsprechend

III. Schlussbestimmungen

§ 30
**Ungültigkeit der Bachelorprüfung,
Aberkennung des Bachelorgrades**

(1) Hat die oder der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die oder der Studierende täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Vor einer Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Sämtliche unrichtigen Prüfungszeugnisse sind einzuziehen und gegebenenfalls durch neue Zeugnisse zu ersetzen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt der Gradverleihung ausgeschlossen.

(5) Ist die Prüfung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, ist der verliehene Grad abzuerkennen und die ausgehändigte Urkunde einzuziehen.

§ 31 Einsicht in die Prüfungsarbeiten

(1) Den Studierenden wird auf Antrag nach einzelnen Prüfungen Einsicht in ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten gewährt. Der Antrag muss binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses gestellt werden. Näheres regelt der Prüfungsausschuss.

(2) Prüfungsentscheidungen sind isoliert anfechtbar.

§ 32 Führung der Prüfungsakten, Aufbewahrungsfristen

(1) Die Prüfungsakten werden elektronisch geführt.

a) Nachfolgende Daten werden elektronisch gespeichert:

- Name, Vorname, Matrikelnummer, Geburtsdatum, Geburtsort und Geburtsland
- Studiengang
- Studienbeginn
- Prüfungsleistungen
- Anmeldedaten, Abmeldedaten, Prüfungsrücktritte
- Datum des Studienabschlusses
- Datum der Aushändigung des Zeugnisses.

b) Nachfolgende Dokumente werden in Papierform geführt:

- Bachelorarbeit
- Zeugnis
- Urkunde
- Prüfungsarbeiten
- Prüfungsprotokolle
- Widersprüche und Zulassungsanträge
- Atteste und Anerkennungsanträge.

(2) Die Archivierung und insbesondere die Aufbewahrungsfristen richten sich nach der jeweils maßgeblichen Archivierungsordnung.

(3) Die Archivierung der nach Abs. 2 aufbewahrten Akten erfolgt durch den Bereich Prüfungswesen.

§ 33 Übergangsbestimmungen

(1) Diese Prüfungsordnung findet auf alle Studierenden Anwendung, die erstmalig im Wintersemester 2019/2020

im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen eingeschrieben sind.

(2) Für Studierende, die zum Wintersemester 2019/2020 aufgrund eines Studiengangs- oder Hochschulwechsels das Studium im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft aufgenommen haben, gilt bei Einstufung in das erste Fachsemester Abs. 1 und bei Einstufung in ein höheres Fachsemester Abs. 3.

(3) Studierende, die ihr Studium im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft vor dem Wintersemester 2019/2020 aufgenommen haben, können ihr Studium nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung vom 24.09.2012 (VBl. Jg. 10, 2012 S. 745 / Nr. 107), zuletzt geändert durch Berichtigungsordnung vom 12.11.2015 (VBl. Jg. 13, 2015 S. 695 / Nr. 134), beenden, längstens jedoch bis zum 31.03.2024.

Dabei gelten die folgenden Besonderheiten:

a) Lehrveranstaltungen werden letztmalig im Sommersemester 2023 angeboten.

b) Anmeldungen zur Bachelorarbeit einschließlich der Anmeldung zur Wiederholung sind letztmalig im Sommersemester 2023 möglich.

c) Modulprüfungen einschließlich der Möglichkeiten zur Wiederholung werden letztmalig im Wintersemester 2023/2024 angeboten.

Ein vorzeitiger Wechsel in die aktuelle Fassung der Prüfungsordnung ist auf schriftlichen, unwiderruflichen Antrag an den Prüfungsausschuss möglich.

Bereits erfolgreich absolvierte Leistungen werden übertragen. Dies gilt auch für Module, die bereits ohne den Nachweis von Studienleistungen erfolgreich abgeschlossen wurden.

§ 34 In-Kraft-Treten und Veröffentlichung

Diese Prüfungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Universität Duisburg-Essen – Amtliche Mitteilungen in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen vom 24.09.2012 (VBl. Jg. 10, 2012 S. 745 / Nr. 107), zuletzt geändert durch Berichtigungsordnung vom 12.11.2015 (VBl. Jg. 13, 2015 S. 695 / Nr. 134), außer Kraft. § 33 Abs. 2 und 3 bleiben unberührt.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät für Bildungswissenschaften vom 10.07.2019.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule gegen diese Ordnung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Duisburg und Essen, den 22. November 2019

Für den Rektor
der Universität Duisburg-Essen
Der Kanzler
In Vertretung
Wolfgang Sellinat

Anlage 1										
Studienplan für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft										
Modulcode	Modulbezeichnung	Pflicht/Wahlpflicht (P/WP) (bezogen auf das Modul)	ECTS pro Modul	Fachsemester	Titel der Lehrveranstaltungen im Modul	Pflicht/Wahlpflicht (P/WP) ² (bezogen auf die Lehrveranstaltung innerhalb des Moduls)	Veranstaltungsart	SWS pro Lehrveranstaltung	Teilnahmevoraussetzung zur Prüfung	Prüfung
	(1) Einführung in das Studium der Erziehungswissenschaft	1/1 (P)	11	1	Einführung in die Erziehungswissenschaft	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Klausur und Hausarbeit (ohne Wertung)
				1	Grundbegriffe und Grundfragen der Erziehungswissenschaft	1/1 (P)	Seminar	2		
				1	Tutorium (auch E2)	1/1 (P)	Tutorium	2		
				1	Moderation u. Präsentation (auch E2)	1/1 (P)	Methodentraining	2		
	(2) Soziologische Grundlagen von Sozialisation und Bildung	1/1 (P)	10	1	Sozialisationsforschung und -theorie	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Klausur
				1	Bildung und soziale Ungleichheit	1/1 (P)	Vorlesung	2		
				2	Soziologische Perspektiven auf Sozialisation und Bildung*	1/1 (P)	Seminar	2		
	(3) Psychologische Grundlagen von Bildung und Erziehung	1/1 (P)	10	1	Grundbegriffe und Theorien der Psychologie	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Klausur
				1	Pädagogische Psychologie	1/1 (P)	Vorlesung	2		
				2	Vertiefungsseminar*	1/1 (P)	Seminar	2		

(4) Grundlagen der Historischen und Allgemeinen Pädagogik	1/1 (P)	14	2	Pädagogisches Handeln: Begriff, Grundformen und Handlungsfelder	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	mündliche Prüfung
			2	Ausgewählte Probleme der Erziehungs- und Bildungstheorie	1/1 (P)	Seminar	2		
			3	Sozial- und Ideengeschichte der Erziehung und Bildung	1/1 (P)	Vorlesung	2		
			3	Theorien und Konzepte der Erziehungswissenschaft*	1/1 (P)	Seminar	2		
(5) Bildungssysteme und bildungspolitische Herausforderungen	1/1 (P)	14	2	Gestaltung und Steuerung des Bildungssystems	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Projektbericht
			2-3	Praxisprojekt: Bildungssysteme	1/1 (P)	Projektseminar	4		
			3	Bildungspolitik und Qualitätssicherung in Bildungssystemen*	1/1 (P)	Seminar	2		
(6) Differenzverhältnisse in den Feldern der Erziehung und Bildung	1/1 (P)	11	3	Bildung und Erziehung in der Migrationsgesellschaft	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Hausarbeit
			4	Differenzpädagogische Ansätze	1/1 (P)	Seminar	2		
			4	Heterogenität in pädagogischen Handlungsfeldern	1/1 (P)	Seminar	2		
(7) Arbeitsfelder der Pädagogik: Grundlagen	1/1 (P)	10	1	Einführung in die Arbeitsfelder der Erziehungswissenschaft	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Hausarbeit
			2	Adressat_innen – Lernorte und Lernformen – Gesellschaftliche Schlüsselprobleme	1/1 (P)	Seminar	2		
			2	Institution und Profession	1/1 (P)	Seminar	2		
(8) Arbeitsfelder der Pädagogik: Vertiefung	1/1 (P)	8	3	Spezielle Arbeitsfelder, Aufgaben und Institutionen der Pädagogik I*	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Fallstudie
			4	Spezielle Arbeitsfelder, Aufgaben und Institutionen der Pädagogik II	1/1 (P)	Vorlesung	2		

(9) Arbeitsfelder der Pädagogik: Praktikum	1/1 (P)	14	3	Praktikumsvorbereitung	1/1 (P)	Seminar	1	keine	Praktikums-be-richt (unbenotet)
			3-4	Praktikum	1/1 (P)	Praktikum			
			4	Supervision	1/1 (P)	Supervision	1		
			4	Praktikumsnachbereitung	1/1 (P)	Begleit-se-minar	1		
(10) Empirische For-schungs-methoden	1/1 (P)	14	4	Einführung in die quantitativen Forschungs-methoden*	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Forschungs-be-richt
			4	Einführung in die qualitativen Forschungs-methoden*	1/1 (P)	Vorlesung	2		
			4-5	Projekt: Entwicklung und Umsetzung eines Forschungsprojekts	1/1 (P)	Projekt-se-minar	4		
(11) Didaktisches Handeln / Mediendi-daktik	1/1 (P)	14	5	Grundlagen der Didaktik / Mediendidaktik	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Projekt-bericht
			5	Didaktische Methoden und Medien*	1/1 (P)	Seminar	2		
			6	Projektseminar	1/1 (P)	Projekt-se-minar	4		
(12) Bildungs- und Lernberatung	1/1 (P)	14	5	Beratung in Bildungskontexten*	1/1 (P)	Vorlesung	2	keine	Hausarbeit
			5	Methoden der Beratung in Bildungs-kontex-ten	1/1 (P)	Methoden-training	2		
			6	Beratung von Personen	1/1 (P)	Seminar	2		
			6	Beratung von Gruppen und Organisationen	1/1 (P)	Seminar	2		
(13) Sprachen und Schlüsselqualifikatio-nen (E1)	1/1 (P)	6	1-2	Veranstaltungen im Umfang von 6 ECTS-Cre-dits aus dem E1-Lehrangebot des Instituts für Optionale Studien (IOS)	2/2 (WP)	siehe Anga-ben im LSF	ca. 4	keine	siehe Angaben im LSF

	(14) Ergänzende und vertiefende Studien	1/1 (P)	12	3-5	Veranstaltungen im Umfang von 12 ECTS-Credits aus dem Lehrangebot der Fakultät*	4/4 (WP)	Seminar/ Vorlesung	ca. 8	keine	/
	(15) Studium liberale (E3)	1/1 (P)	6	5-6	Veranstaltungen im Umfang von 6 ECTS-Credits aus dem E3-Lehrangebot des Instituts für Optionale Studien (IOS)	2/2 (WP)	siehe Angaben im LSF	ca. 4	keine	siehe Angaben im LSF
	Bachelorarbeit	1/1 (P)	12	6					120 ECTS	

*In diesen Lehrveranstaltungen ist jeweils eine Studienleistung zu erbringen. Sie wird nach Form und Umfang im Modulhandbuch beschrieben.

Anlage 2

Wesentliche Inhalte und Qualifikationsziele der Module im Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft:

- Modul 1 Einführung in die Erziehungswissenschaft
- Modul 2 Soziologische Grundlagen von Sozialisation und Bildung
- Modul 3 Psychologische Grundlagen von Bildung und Erziehung
- Modul 4 Grundlagen der Allgemeinen, Historischen und Systematischen Pädagogik
- Modul 5 Bildungssysteme und bildungspolitische Herausforderungen
- Modul 6 Differenzverhältnisse in den Feldern der Erziehung und Bildung
- Modul 7 Arbeitsfelder der Pädagogik: Grundlagen
- Modul 8 Arbeitsfelder der Pädagogik: Vertiefung
- Modul 9 Arbeitsfelder der Pädagogik: Praktikum
- Modul 10 Empirische Forschungsmethoden
- Modul 11 Didaktisches Handeln / Mediendidaktik
- Modul 12 Bildungs- und Lernberatung
- Modul 13 Sprachen und Schlüsselqualifikationen (E1)
- Modul 14 Ergänzende und vertiefende Studien
- Modul 15 Studium liberale (E3)

In den fachlichen Modulen werden folgende Inhalte und Kompetenzen vermittelt:

Modul 1: Einführung in die Erziehungswissenschaft	11 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Erziehungswissenschaftliche und pädagogisch relevante, interdisziplinäre Grundbegriffe, insbesondere: Erziehung, Bildung, pädagogisches Handeln, pädagogisches Grundverhältnis, Sozialisation, Lernen und Lehren, sozialpädagogische Arbeit • Grundfragen der Pädagogik/Erziehungswissenschaft (Verhältnis von Bildung und Gesellschaft, von Erziehung und Autorität; anthropologische Voraussetzungen von Erziehungsfähigkeit und Bildsamkeit; ethische/normative Grundlagen pädagogischen Handelns etc.) • Pädagogische Handlungsmodalitäten, insbesondere Erziehen, Bilden, Informieren, Unterrichten, Beraten, Animieren, Arrangieren, sozialpädagogische Prävention/Intervention • Geschichtliche Aspekte der Pädagogik; historisch-gesellschaftliche Hintergründe der Instanzen und Institutionen von Erziehung und Bildung • Studientechniken (im Tutorium): u.a. Bibliographieren, Zitieren, Lesen und Gliederung wissenschaftlicher Texte 	
Lernergebnisse/Kompetenzen	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden können auf der Basis der Grundbegriffe den Gegenstandsbereich der Erziehungswissenschaft umreißen. • Sie verfügen über Grundkenntnisse und Orientierungswissen in Bezug auf die Struktur und historische Genese der Pädagogik und der Erziehungswissenschaft. • Sie können grundlegende pädagogische Fragestellungen identifizieren und ausführen. • Sie erwerben die Fähigkeit zu kritisch-reflexiver Analyse und Deutung der Bedingungen und Möglichkeiten pädagogisch-didaktischen Handelns in gesellschaftlichen, kulturellen und institutionellen Kontexten. • Sie haben begonnen, eigene berufsethische Positionen im Hinblick auf ihre (neue) Rolle im pädagogischen Beruf zu entwickeln und begreifen die wissenschaftlich-orientierte Überprüfung ‚ihrer‘ Berufsethik als permanente studiums- und berufsbegleitende Reflexionsaufgabe. • Sie beherrschen Studientechniken und sind in der Lage, kontextbezogen und problemorientiert zu denken und begrifflich zu differenzieren. 	

Modul 2: Soziologische Grundlagen von Sozialisation und Bildung	10 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Sozialisationstheorien im Wandel, Strukturen und Bedingungen des Aufwachsens, historischer Wandel des 	

generationalen Arrangements, Bildungsprozesse und Ungleichheiten

- Einführung in Fragestellungen der Bildungssoziologie; Modelle sozialer Ungleichheit, (Re-) Produktion sozialer Ungleichheit im (Aus-)Bildungs- und Berufsverlauf am Beispiel ausgewählter Studien der empirischen Bildungsforschung
- Sozialisation und Bildung am Beispiel bestimmter Lebensphasen, Settings oder Gegenständen

Lernergebnisse/Kompetenzen

- Die Studierenden kennen zentrale Sozialisationstheorien und Studien zur Sozialisation; sie haben ein Verständnis vom sozialen Wandel der Bedingungen des Aufwachsens, der Heterogenität von Lebenswelten und deren sozialer Situiertheit; sie können Sozialisationsprozesse analysieren und in Hinblick auf Ungleichheitsdimensionen reflektieren.
- Sie erlangen einen Einblick in zentrale bildungssoziologische Forschungsfragestellungen im Kontext der Entstehung von Teilhabe- und Ergebnisungleichheiten im Lebensverlauf; sie können Bildungsprozesse analysieren und in Hinblick auf Ungleichheitsdimensionen reflektieren.
- Sie können in verschiedenen theoretischen Modellen zu Bildung/Sozialisation denken und diese vergleichend-kritisch gegeneinander abwägen.
- Sie vertiefen ihre soziologischen Grundkenntnisse am Beispiel konkreter Untersuchungsfelder der Sozialisation/Bildung (z.B.: Sozialisation in mediatisierten Welten, beruflicher Sozialisation, (Re-)Produktion von Ungleichheit in der Schule, ästhetischer Sozialisation).
- Sie können auf Basis des erworbenen Wissenstandes eigenständig Fragestellungen zu Bildung und Sozialisation in verschiedenen Handlungsfeldern generieren und bearbeiten.

Modul 3: Psychologische Grundlagen von Bildung und Erziehung

10 Cr

Inhalte

- Ziele und Methoden der Psychologie; Teilgebiete der Psychologie, grundlegende Paradigmen der Psychologie, Grundlagen der Testtheorie, diagnostische Verfahren (Fragebogen, Leistungstests, Verhaltensbeobachtung, Interviews, projektive Verfahren)
- Psychologische Erklärungsansätze für Erscheinungsformen psychischen Verhaltens
- Entwicklungspsychologie: kognitive, emotionale, soziale und moralische Entwicklungsmodelle, Entwicklungsaufgaben in verschiedenen Lebensaltern, Risiken und Resilienzen, Copingstrategien
- Sozialpsychologie: Gruppendynamische Theorien, Modelle der Kommunikation und Interaktion, Grundlagen emotionstheoretischer Zugänge zu Bildung und Erziehung, Sanktionssysteme und ihre Wirkungen
- Kognitionspsychologie: Kognitives Paradigma, kognitive Prozesse des Wahrnehmens, Denkens und des Gedächtnisses, Sprachtheorien sowie motivationale Prozesse
- Persönlichkeitspsychologie: Beschreibung und Erklärungen individueller Unterschiede, Anlage-Umwelt-Debatte, Intelligenztheorien, Methoden der Persönlichkeitsmessung

Lernergebnisse/Kompetenzen

- Die Studierenden kennen grundlegende Theorien, Methoden und Forschungsergebnisse zur Beschreibung, Erklärung, Vorhersage und Förderung individueller Bildungs-, Erziehungs-, und Entwicklungsprozesse; sie erfassen die grundlegenden Ziele und Methoden psychologischer Forschung und können verschiedene Paradigmen unterscheiden.
- Sie unterscheiden verschiedene entwicklungspsychologische Theorieschulen und die ihnen zu Grunde liegenden Menschenbilder; sie differenzieren die wichtigsten Konzepte der Veränderung; sie kennen und reflektieren die Befunde geschlechtstypischer Entwicklungen und die zentralen entwicklungsförderlichen Merkmale von sozialen Kontexten.
- Sie kennen Modelle der Kommunikation und Interaktion, können Interaktionssituationen reflektieren, verfügen über grundlegende Kenntnisse sozialer Prozesse in institutionellen Handlungszusammenhängen (Rollen, Zuschreibungen, Identitätsentwicklung), kennen Modelle der Konfliktbeschreibung und -lösung und können diese auf der Verhaltensebene umsetzen, kennen Prinzipien der Gesprächsführung und des konstruktiven Miteinanders.
- Sie verfügen über grundlegende Kenntnisse psychologischer Theorien, Modelle und Forschungsbefunde zur Förderung individueller Lernprozesse und können sich zur Förderung der Lernmotivation sowie zur sach- und adressatengerechten Gestaltung von Lehr- und Lernmaterial auf entsprechende Theorien und Methoden beziehen.
- Sie verfügen über weiterführende Kenntnisse motivationaler und volitionaler Bedingungen des Verhaltens und kennen Methoden der Motivationsförderung.

Modul 4: Grundlagen der Allgemeinen und Historischen Pädagogik	14 Cr
<p>Inhalte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strömungen und Traditionen des pädagogischen Denkens (z.B. Pädagogik der Aufklärung; philanthropische Pädagogik; Herbartianismus; Reformpädagogik; zeitgenössische pädagogische Ansätze), erziehungswissenschaftliche Theorieposition des 20. und 21. Jahrhunderts (z. B. geisteswissenschaftliche, empirische, kritische, konstruktivistische, phänomenologische, interaktionistische erziehungswissenschaftliche Modelle) • Klassikerinnen und Klassiker der Pädagogik • Wissenschaftstheoretische Fragestellungen der Pädagogik • Allgemeine Problemfelder und Themenschwerpunkte der Pädagogik • Pädagogisches Handeln im gesellschaftlichen Kontext: Handlungsformen und Handlungsfelder 	
<p>Lernergebnisse/Kompetenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden erwerben einen Überblick über die wichtigsten pädagogischen Theoriemodelle und erziehungswissenschaftlichen Theoriepositionen inklusive ihrer Grundannahmen seit der Aufklärung. • Vor diesem Hintergrund sind sie zu einem flexiblen, vergleichend-kritischen und reflektierten Umgang mit den Grundbegriffen und Theoriepositionen der Erziehungswissenschaft in der Lage. • Sie kennen zentrale wissenschaftstheoretische Fragestellungen. • Sie haben ein Verständnis der Komplexität pädagogischen Handelns und dessen Stellung und Aufgaben in der modernen Gesellschaft entwickelt. • Sie verfügen über die schriftliche und mündliche Fähigkeit zur Argumentation und ihrer korrekten sprachlichen Darstellung. 	

Modul 5: Bildungssysteme und bildungspolitische Herausforderungen	14 Cr
<p>Inhalte</p> <p>Das Modul vermittelt Kenntnisse über den Aufbau und die Struktur von Bildungssystemen und erläutert die Wirkungsweise institutioneller Regelungen. Es werden Teilnehmerstrukturen, Finanzierungsmodalitäten, Akteure und die rechtlichen Grundlagen auch in vergleichender Perspektive thematisch eingebracht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau, Strukturmerkmale und besondere Herausforderungen des deutschen Bildungssystems im Kontext der EU Bildungspolitik • Qualifikations- und Finanzierungsstrukturen in ausgewählten Passagen des Bildungsvorgangs • Grundzüge und Verantwortungsverteilung sowie Finanzierungsstrategien in Bildungssystemen • Gesellschaftliche, politische und ökonomische Herausforderungen für die Gestaltung und Steuerung von Bildungssystemen • Ordnungspolitische Vorgaben und Verfahren sowie organisationale Modelle zur Qualitätssicherung im Bildungsbereich • Relevanz, Ziele, Formen und Akteure der Drittmittelfinanzierung im deutschen Bildungssystem • Projekthafte Umsetzung eines Forschungs- und Entwicklungsprojektes im Bereich der außerschulischen Jugendbildung/Erwachsenenbildung 	
<p>Lernergebnisse/Kompetenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden kennen die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und verstehen das Politikhandeln der Akteure im deutschen Bildungssystem. • Die Studierenden sind in die Lage, die strukturellen Besonderheiten des deutschen Bildungssystems im Vergleich zu anderen Ländern zu benennen und diese zu begründen. • Die Studierenden kennen und verstehen bildungspolitisch etablierte Verfahren der Qualitätssicherung sowie des Bildungsmonitorings und sind in der Lage, eigenständig einfache Evaluations- und Qualitätssicherungsverfahren zu gestalten. • Die Studierenden können ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt im Bereich der außerschulischen Jugendbildung/Erwachsenenbildung konzipieren und umsetzen. 	

Modul 6: Differenzverhältnisse in den Feldern der Erziehung und Bildung	11 Cr
--	--------------

Inhalte

- Strukturen und Prozesse gesellschaftlicher Differenzierung, Differenzlinien im Kontext gesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, bildungsbezogene Teilhabe, Mechanismen der Konstruktion und Konstitution von Differenzverhältnissen (z.B. Klasse, Geschlecht, Behinderung, Generation, Migration) in ihren Überlagerungen sowie in Institutionen von Bildung und Erziehung
- Globale Ungleichheit, sozialer Wandel und Migrationsverhältnisse, Geschichte der Migration, Zugehörigkeitsordnungen und Prozesse sozialer Schließung, Migrations- und Rassismustheorien, historische Entwicklung von Migrationspolitik und Migrationspädagogik, Migration im Verhältnis zu anderen Differenzlinien
- Gesellschaftliche Heterogenität vor dem Hintergrund sozialwissenschaftlicher Theorieansätze, Ungleichheitstheoretische Perspektiven mit Bezug auf Formen sozialer Differenzierung (Sozialstrukturanalyse, Geschlechterforschung, Migrationsforschung, Disability Studies), Pädagogische Ansätze in Bezug auf Differenzverhältnisse (u.a. Migrationspädagogik, Inklusionspädagogik), diskriminierungskritische Perspektiven
- Mechanismen und Praktiken der In- und Exklusion sowie Homogenisierung in pädagogischen Organisationen, (Re-)Produktion von Differenzen in pädagogischen Handlungsfeldern

Lernergebnisse/Kompetenzen

- Studierende können Differenzverhältnisse im Hinblick auf soziale Ungleichheit in der modernen Gesellschaft auf der Grundlage wissenschaftlicher Theorieansätze beschreiben. Sie verfügen über ein grundlegendes Verständnis von gesellschaftlichen Pluralisierungsprozessen und deren gesellschaftliche Folgen einschließlich des Wandels sozialwissenschaftlicher Kategorien und Beobachtungsformen.
- Am Beispiel der Differenzlinie Migration gewinnen die Studierenden einen vertieften Einblick in die historische Entwicklung von Pluralisierungsprozessen im Kontext von Globalisierung und sozialer Ungleichheit, sie vollziehen die Bedeutung von Migration für gesellschaftlichen Wandel und das Funktionieren von nationalstaatlichen Zugehörigkeitsordnungen nach. Mit Hilfe ausgewählter migrations- und rassismustheoretischer Konzepte können sie Migrationsprozesse sowie darauf bezogene soziale und institutionelle Entwicklungen analysieren und beschreiben.
- Die Studierenden haben ein Verständnis von der Komplexität pädagogischen Handelns und dessen Funktion in modernen Gesellschaften; sie können die (Re-)Produktion von Differenzen in pädagogischen Handlungsfeldern erkennen und analysieren sowie Homogenisierungsprozesse und Diskriminierungen kritisch reflektieren.
- Sie erwerben Wissen zur historischen Entwicklung, gesellschaftlichen Bedeutung und pädagogischen Relevanz differenzpädagogischer Ansätze (z.B. in Geschlechterforschung, Migrationspädagogik oder Inklusionspädagogik), kennen die Entwicklung darauf bezogener Subdisziplinen der Erziehungswissenschaft sowie von mit ihnen verbundenen pädagogische Ansätze und können Forschungsfragen zum Verhältnis von sozialer Differenzierung und Pädagogik entwickeln.

Modul 7: Arbeitsfelder der Pädagogik: Grundlagen	10 Cr
---	--------------

Inhalte

- Arbeitsfelder und Tätigkeitsbereiche insbesondere der außerschulischen Pädagogik; Professionsverständnis und Professionstheorien; gesellschaftliche Einbettung und Funktion pädagogischer Arbeit; Angebots- und Teilnehmendenstruktur
- Prinzip der Lebenswelt- und Adressatenorientierung, professionstheoretische Ansätze und Milieuspezifität pädagogischen Handelns; Konsequenzen für die Bildungs- und Programmplanung sowie für die mikrodidaktische Gestaltung
- Bedeutung von Lernorten und Lernformen für Pädagogik; Bildungs- und Lernwiderstände
- Exemplarische Analyse gesellschaftlicher Kernprobleme aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive; Ursachen gesellschaftlicher Schlüsselprobleme und darauf bezogene Begründungen pädagogischen Handelns; Möglichkeiten und Grenzen pädagogischen Handelns im Hinblick auf die Lösung gesellschaftlicher Schlüsselprobleme

Lernergebnisse/Kompetenzen

- Die Studierenden kennen grundlegende theoretische Ansätze, wichtige Diskurse und gesellschaftliche Voraussetzungen (außerschulischen) pädagogischen Handelns.
- Sie können grundlegende Themen, Aufgabenfelder, Ziele, Teilnahme- und institutionelle Strukturen sowie historische Entwicklungslinien der (außerschulischen) pädagogischen Arbeit orientierend überblicken und kennen Methoden systematischer Felderkundung.

Modul 8: Arbeitsfelder der Pädagogik: Vertiefung	8 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Vertiefende Analyse von ausgewählten Arbeitsfeldern und Teilgebieten, damit verbundenen Themen, Aufgaben, Zielsetzungen und Zielgruppen (vor allem: außerschulischer) Pädagogik (z.B. Jugend/Jugendarbeit/Jugendbildung, Kindheit und frühkindliche Bildung, Erwachsenenbildung, beruflich-betriebliche Aus- und Weiterbildung, politische Bildung, kulturelle Bildung, Mediensozialisation und -bildung, Schulsozialarbeit, Bildungsarbeit mit Älteren) • Erziehungswissenschaftliche Begründung spezieller Arbeitsfelder und pädagogischer Handlungsstrategien vor dem Hintergrund biographischer und sozialer Einbettungen • Träger, Institutionen, Einrichtungen und Beschäftigtenstruktur/Beschäftigungsverhältnisse 	
Lernergebnisse/Kompetenzen	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden können über die vertiefte Analyse ausgewählter Themenfelder der pädagogischen Arbeit erziehungswissenschaftliche Theorien auf praktisch-pädagogische Problemstellungen hin kritisch betrachten und empirische Befunde prüfen. • Sie können spezielle Arbeitsfelder, Aufgaben und Institutionen pädagogischer Arbeit im Hinblick auf eigene Beschäftigungsperspektiven sondierend überblicken. 	

Modul 9: Arbeitsfelder der Pädagogik: Praktikum	14 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Organisation, Ziele und Funktion des Praktikums, Kontaktaufnahme und Bewerbung, Aufgaben und Rolle der Praktikantin bzw. des Praktikanten • Portfolioarbeit: Kompetenzen, Interessen, Orientierungen, Entscheidungen • Rollenwahrnehmung in konstruktivistischer Perspektive • Methoden der (teilnehmenden) Beobachtung, Dokumentenanalyse 	
Lernergebnisse/Kompetenzen	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden haben systematische Kriterien zur Wahl eines Praktikumsfeldes und können ihr Praktikumsvorhaben schlüssig beschreiben und begründen. Sie haben klare Analyse Kriterien für die Reflexion ihrer Praktikums Erfahrungen in den Dimensionen Inhalte der pädagogischen Arbeit: pädagogisches Handeln, Arbeitsrolle, Aufbau- und Ablauforganisation sowie Personaleinsatz der Einrichtung. 	

Modul 10: Empirische Forschungsmethoden	14 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Grundlagen der quantitativen Forschungsmethoden wie: Hypothesenbildung, dimensionale Analyse, Operationalisierung, Erhebungsmethoden, Stichprobenkonstruktion, deskriptive Datenanalyse, Grundlagen der Interferenzstatistik • Grundlagen der qualitativen Forschungsmethoden wie: Felderkundung, Gegenstandsdefinition, Erhebungsmethoden (Beobachtung, problemzentriertes/narratives Interview, Expertengespräch, Textanalyse), induktive Hypothesenbildung, Bild-/Texttranskription, Video-/Textprotokolle, Analyse- und Interpretationsverfahren • Entwicklung einer Forschungsfragestellung, eines Forschungsdesigns, Vorbereitung der Erhebungen (Methodenwahl, Instrumentenentwicklung, Samplebildung), Durchführung der Erhebungen, hermeneutische bzw. deskriptive statistische Datenanalyse 	
Lernergebnisse/Kompetenzen	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden können verschiedene Untersuchungstypen und Forschungsdesigns der quantitativen und qualitativen Sozialforschung differenzieren. • Sie kennen die wesentlichen Methoden der Datenerhebung (quantitative und qualitative Befragungen, Beobachtungen, Dokumentenanalysen etc.) und Verfahren der Datenauswertung der quantitativen und qualitativen Sozialforschung (basale uni- und bivariate Inferenzstatistik, hermeneutische und phänomenologische Analysen). • Sie können diese anwenden und ihre unterschiedliche Eignung für die Bearbeitung von Forschungsfragestellungen beurteilen. 	

Modul 11: Didaktisches Handeln / Mediendidaktik	14 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Einordnung von Didaktik als erziehungswissenschaftlicher Grundlagendisziplin sowie ihr Verhältnis zu anderen didaktischen Disziplinen; institutionelle Kontexte von Lernen und Bildung und ihre Bedeutung für die Planung von (außerschulischen) Lernangeboten, ausgewählte didaktische Theorien sowie ihre Bedeutung für die Planung und Gestaltung von Lehr-Lern-Prozessen • Grundlagen der Lehr-Lernforschung und Medienpsychologie (allgemeine lernpsychologische Grundlagen und spezielle Fragen des Lernens mit Medien, Ansätze der Interaktivität, Adaptivität und Adaptierbarkeit, Gender- und Diversity-Aspekte) • Didaktisches Handeln und die Rolle des didaktischen Designs in der Bildungsarbeit • Didaktische Analyse, Planung, Gestaltung von Lernangeboten in (außerschulischen) Bildungskontexten, einschl. Konzeption didaktischer Medien; Analysen von Zielgruppen und Akteurskonstellationen, Auswahl von Lehr-Lerninhalten, Spezifikation von Lehr-Lernzielen / Kompetenzen, Auswahl und Begründung didaktischer Methoden und Medien, Entwicklung von Lernarrangements, Spezifikation der Lernorganisation (zeitliche, räumliche, soziale Organisation) • Planung und Entwicklung von Lernangeboten in Abhängigkeit von Zielen und Rahmenbedingungen sowie ggf. Umsetzung auf einer Online-Plattform • Evaluation von Lernangeboten als Teil der Qualitätsentwicklung von Lernangeboten 	
Lernergebnisse/Kompetenzen	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden kennen Theorien und Modelle der Didaktik und Mediendidaktik sowie relevante Befunde der Lehr-Lernforschung zur Gestaltung von Lernangeboten. • Die Studierenden verstehen die Bedeutung didaktischer Planung in verschiedenen (außerschulischen) Bildungskontexten und können die Rolle des didaktischen Designs in der Bildungsarbeit einordnen. • Die Studierenden kennen die Entscheidungsfelder didaktischer Planung und können diese anhand vorliegender Beispiele analysieren. • Die Studierenden können die didaktische Planung in einem Projekt im Feld umsetzen. Dies umfasst auch die ggf. relevante medientechnische Umsetzung eines Vorhabens. 	

Modul 12: Bildungs- und Lernberatung	14 Cr
Inhalte	
<ul style="list-style-type: none"> • Theorien und Modelle pädagogischer Beratung (personenzentrierte Beratung, systemische Beratung, lösungs- und ressourcenorientierte Beratung usw.) sowie von Beratungskonzepten, wie Moderation, Coaching, Mentoring, Mediation, Super-/Intervision etc. und ihrer Abgrenzung zu Psychotherapie und anderen Beratungskontexten • Einsatzbereiche/Anwendungsfelder von Beratung, z.B. in der Lern-, Bildungs-, Qualifizierungs- oder Berufsberatung • Arbeitsweisen der Beratung in Bildungskontexten: Anlässe, Auftragsklärung, Ziele, Akteure, Vorgehen, institutionelle Rahmenbedingungen, Ziele pädagogischer Beratung, Methoden der Diagnostik • Beratung von Teams in Organisationen und Begleitung von Veränderungsprozessen, z.B. Maßnahmen des Teambuilding, der Unterstützung von Teams in der Zusammenarbeit, Teamentwicklung • Veränderungsstrategien und die Begleitung von Veränderungsprozessen in Organisationen • Methoden und Techniken professioneller Beratung (z.B. Gesprächsführung, szenische und narrative Techniken, biografische Ansätze, Workshopverfahren, Teambegleitung, Großgruppenverfahren, wie Open Space, World Café etc.), • Qualitätsmerkmale und -standards professioneller Beratung, Evaluation von Beratung, Haltung und Rolle als Berater/-in 	
Lernergebnisse/Kompetenzen	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Studierenden verstehen die zentralen Konzepte und Modelle der Beratung im Bildungskontexten. Sie kennen Methoden und Verfahren zur Gestaltung von Beratungsprozessen und können diese von anderen Konzepten und Ansätzen abgrenzen. • Die Studierenden kennen verschiedene Techniken und Methoden der Beratung und können diese anwenden. • Die Studierenden kennen Merkmale und Herausforderungen der Professionalität in der Beratungsarbeit. 	

¹ § 2 Abs. 5 wird neu gefasst durch Berichtigung der Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Erziehungswissenschaft vom 17.01.2020 (VBl JG 18, 2020 S. 17/ Nr. 4), in Kraft getreten am 24.01.2020